

NEIN!

zum neuen
Polizeigesetz NRW

// Das Gesetz soll noch im Juli beschlossen werden.

// Deine Initiative zählt, um es zu verhindern.

Demonstration

Auftakt ab **13 Uhr, DGB-Haus** (Friedrich-Ebert-Straße 34-38)

Abschluss ab **15:30 Uhr am Landtag**

Sa. 7.7. Düsseldorf

#NoPolIGNRW

Nein zum neuen Polizeigesetz NRW!

Kein Angriff auf unsere Freiheit und Grundrechte!

Die NRW-Landesregierung plant eine massive Verschärfung des Polizeigesetzes, die noch vor der parlamentarischen Sommerpause ohne große Diskussion verabschiedet werden soll. Das neue Gesetz hebt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und Gewaltenteilung aus.

Das neue Polizeigesetz ermöglicht es der Polizei, Menschen auch ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen, bis zu einen Monat in Präventivgewahrsam zu nehmen, oder mit Hausarrest und Kontaktverboten zu belegen. Sie soll Computer und Smartphones hacken dürfen, um Messenger wie WhatsApp mitzulesen – nicht nur von vermeintlich verdächtigen Personen, sondern auch von Personen aus deren sozialem Umfeld. Zudem wird die Videoüberwachung des öffentlichen Raums ausgeweitet.

Kern des neuen Polizeigesetzes ist die Einführung des Rechtsbegriffes der »drohenden Gefahr«, der die Polizeitätigkeit von einer konkreten Gefahr in den Bereich der bloßen Vermutung einer Gefahr vorverlagert. Verbrechen weit im Vorfeld verhindern zu wollen, mag im ersten Moment wünschenswert erscheinen, erhebt aber unverdächtiges, grundrechtlich geschütztes Handeln in den Bereich des verdächtigen und widerspricht damit dem Grundsatz der Unschuldsvermutung. Strafbefugnisse im Polizeigesetz und der Eingriff bei Verdacht auf Gefahr verwischen die Grenze zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Tätigkeit und stellen auch die Gewaltenteilung insgesamt in Frage.




Bild: Ein Aufstand für die Freiheit - 40.000 Menschen demonstrieren am 10. Mai 2018 in München gegen das bayrische „Polizeiaufgabengesetz“

»Betroffen von diesen Eingriffen in Grundrechte sind alle Menschen. Es reicht schon, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.«

Betroffen von diesen Eingriffen in Grundrechte sind potentiell alle Menschen. Es reicht schon, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Doch muss klar sein: Manche wird es früher und härter treffen als andere – nämlich diejenigen, die bereits besonderes Ziel polizeilicher Eingriffe sind. Durch den im Polizeigesetz vorgesehenen Ausbau von »Strategischen Fahndungen« (»Schleierfahndung«) werden von Rassismus betroffene Menschen noch weit mehr als jetzt von Racial Profiling Kontrollen getroffen werden. Auch politisch Aktive, Streikende, Wohnungslose, psychisch Kranke, Fußballfans und viele weitere werden die Maßnahmen verstärkt zu spüren bekommen.

2017 hatte Deutschland die niedrigste Kriminalitätsrate seit einem Vierteljahrhundert. Trotzdem werden derzeit in mehreren Bundesländern die Polizeigesetze verschärft. Den Landesregierungen reichen vage Terrorängste und ein diffuses Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung als Rechtfertigung für den Weg in den Polizei- und Überwachungsstaat!

Wir sagen deshalb – wie in vielen anderen Bundesländern auch – NEIN zum neuen Polizeigesetz in NRW; NEIN zum massiven Eingriff in die Grundrechte von Millionen von Menschen und NEIN zu massenhafter Überwachung unter dem Deckmantel von Sicherheit und Ordnung!



Das NRW-Polizeigesetz ist kein „Sicherheitspaket“, sondern brandgefährlich:

Neuer § 38 PolG NRW:

Bis zu einem Monat Freiheitsentzug ohne konkrete Gefahr

Neuer § 15a PolG NRW:

Videoüberwachung von öffentlichen Orten ohne zeitliche Begrenzung

Neuer § 20c PolG NRW:

Telekommunikationsüberwachung ohne konkreten Tatverdacht

Neuer § 34c PolG NRW:

Elektronische Fußfessel

Neuer § 12a PolG NRW:

Jederzeitiges Anhalten von Personen und Identitätsfeststellung, Inaugenscheinnahme von Sachen und Autos

Neuer § 34b PolG NRW:

Aufenthalts- und Kontaktverbot bzw. Verbannung ohne konkrete Gefahr

Wir sind das **Bündnis "Nein zum neuen Polizeigesetz NRW"**. Wir sind Menschen aus verschiedenen Gruppen aus Zivilgesellschaft und außerparlamentarischem Aktivismus; wir sind Einzelpersonen aus Verbänden und politischen Parteien. Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um gegen das neue Polizeigesetz zu protestieren, weil es uns alle betrifft - im Alltag, auf der Straße, in Schule, Uni und Betrieb.

no-polizeigesetz-nrw.de

facebook.com/NoPolGNrw

kontakt@no-polizeigesetz-nrw.de

presse@no-polizeigesetz-nrw.de

#NoPolGNRW

Alle Infos auf einen Blick

Für Aktuelles und Veranstaltungen

Für Fragen, Unterstützung und Mitmachen
Presseanfragen

Hashtag für Twitter, Facebook & Co.